A5

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: **Kapitel 4: Gemeinschaft gestalten – Wie wir füreinander sorgen und leben**

Antragstext

(Soziales, Teilhabe, Gesundheit, Gleichstellung, Inklusion, offene Gesellschaft, Kultur, Sport)

1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist

Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt und weltoffen, manchmal laut und immer solidarisch. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt – von Menschen mit unterschiedlichsten Biografien, Identitäten und Lebensentwürfen. Queeres Leben ist sichtbar, migrantische Communities prägen das Straßenbild, Kultur entsteht in Clubs, Ateliers, Theatern und auf der Straße. Friedrichshain-Kreuzberg war schon immer ein Ort, an dem Freiräume verteidigt und neue Formen des Zusammenlebens ausprobiert wurden. Engagement, Selbstorganisation und Nachbarschaft prägen unseren Alltag. Viele bundespolitische Debatten werden hier früher und intensiver geführt – und vieles, was anderswo abstrakt bleibt, ist hier konkrete Realität.

Doch Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen, psychische Belastungen, Einsamkeit und die Folgen der Klimakrise treffen viele Menschen unmittelbar. Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, einen Kulturkampf gegen Vielfalt und die offene Gesellschaft. Statt soziale Strukturen konsequent zu stärken, setzt der schwarz-rote Senat zunehmend auf Symbolpolitik: Der Zaun um den Görlitzer Park steht exemplarisch für eine Politik der Verdrängung statt nachhaltiger Lösungen. Während Millionen in politische Machtdemonstrationen gegenüber dem Bezirk fließen, kämpfen Trägerorganisationen von Prävention,

sozialer Arbeit, Kultur und Gesundheitsangeboten um ihr Fortbestehen.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen – und zugleich ein Bezirk mit starkem demokratischem Selbstbewusstsein. Für uns ist klar: Soziale Probleme brauchen soziale Antworten. Hilfe wirkt nachhaltiger als Druck von oben. Unsere kommunale Infrastruktur – von Sportstätten über Bibliotheken bis hin zu Clubs und Nachbarschaftseinrichtungen – ist kein Luxus. Sie bildet die Grundlage für Zusammenhalt, Lebensqualität und demokratische Stabilität.

2. Unsere Haltung: Solidarität organisieren, Vielfalt schützen

Wir stehen für ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Solidarität organisiert und Vielfalt schützt. Soziale Sicherheit, kulturelle Freiräume und demokratische Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

Wir setzen auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsangebote und Schutzräume. Der Rechtsstaat gilt überall und für alle. Er schützt die Würde jedes Menschen und setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt, Ausbeutung, Diskriminierung und organisierter Kriminalität.

Klima- und Sozialpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Stadtgrün und Hitzeschutz, wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote, zugängliche öffentliche Räume, barrierefreie Infrastruktur sind Teil einer ökologisch wie sozial gerechten Stadt.

Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Rechtsextremismus und -populismus sind die größten Bedrohungen für unsere Demokratie. Gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung beziehen wir klar Stellung. Die AfD steht für völkisches Denken, eine rassistische Ideologie und die systematische Ausgrenzung von Menschen. Sie ist eine konkrete Bedrohung für die Menschen in unserem Bezirk. Daher fordern wir ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gewissenhaft vorzubereiten und auch tatsächlich einzuleiten.

Kultur, Sport und soziale Infrastruktur sind notwendige Grundversorgung. Wir stärken Zivilgesellschaft und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Politik muss ermöglichen, absichern und Ressourcen bereitstellen – und darf nicht spalten oder verdrängen.

3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit großer sozialer Dynamik – und mit spürbaren Spannungen. Unterschiedlichste Lebensentwürfe, Einkommenslagen und Bedürfnisse treffen hier auf engem Raum aufeinander. Urbanes Leben bedeutet Abwechslung, aber auch Zielkonflikte: zwischen Nachtruhe und Clubkultur, zwischen Aufenthaltsqualität und Aufwertung, zwischen sozialer Unterstützung und ordnungspolitischen Maßnahmen, zwischen Nutzung und Schutz von Parks und Grünflächen.

Viele Herausforderungen lassen sich nur langfristig und nur gemeinsam lösen. Armut, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, Verdrängung von Kultur und Kleingewerbe, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen sind strukturelle Fragen, die stark von Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene abhängen. Der Bezirk ist nicht alleiniger Akteur – aber er trägt Verantwortung für konkrete Verbesserungen vor Ort.

Gleichzeitig stehen ganz konkrete soziale Einrichtungen, Kulturorte, Beratungsstellen, Sportangebote und Gesundheitsstrukturen unter erheblichem finanziellen Druck. Prävention, Gewaltschutz, Integration, Pflege und psychosoziale Versorgung brauchen aber langfristige Planungssicherheit, eine verlässliche Finanzierung und klare Prioritätensetzung.

Hinzu kommt: Die Erwartungen an den Bezirk sind hoch, während die Ressourcen begrenzt sind. Unterschiedliche Interessen müssen daher ausgeglichen werden, ohne den politischen Kompass zu verlieren.

4. Was wir konkret verändern wollen

Offene Gesellschaft schützen und Demokratie stärken

Demokratie verteidigen: Demokratie braucht verlässliche Strukturen im Bezirk. Wir wollen die bestehende Partnerschaft für Demokratie in Friedrichshain-Kreuzberg dauerhaft absichern und ihre Fördermöglichkeiten ausweiten. Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger Projektlogik.

Demokratische Beteiligung stärken wir konkret. Die bezirklichen Beiräte und Gremien – vom Beirat für Partizipation und Integration bis zum neu geschaffenen Jugend und Kindergremium – müssen aktiv und frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, mehrsprachige Beteiligungsangebote ein und unterstützen Initiativen, Vereine und Projekte mit einer gut ausgestatteten Freiwilligenagentur.

Religionsfreiheit und weltanschauliche Vielfalt sind für uns selbstverständlich. Wir unterstützen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften im Bezirk in ihrer sozialen und kulturellen Arbeit und ermutigen zu demokratischer Teilhabe.

Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärken: Wir setzen uns für den Ausbau unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten bei Rassismus und Diskriminierung ein, für verpflichtende Diversity- und Antidiskriminierungsschulungen für Mitarbeitende sowie für verbindliche Standards zu Mehrsprachigkeit, Leichter Sprache, barrierefreier Kommunikation und Gebärdensprachdolmetschen in allen relevanten Bereichen.

Das Register Friedrichshain-Kreuzberg leistet unverzichtbare Arbeit bei der Dokumentation diskriminierender und rechter Vorfälle, die wir weiter personell und finanziell stärken wollen. Ein jährlicher bezirklicher Antidiskriminierungsbericht soll Entwicklungen sichtbar machen und politische Konsequenzen ermöglichen.

Rechtsextreme Akteur*innen dürfen im Bezirk nicht normalisiert werden. Wir werden unsere rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen, um menschenfeindliche Aktivitäten im öffentlichen Raum zu begrenzen und antifaschistische sowie antirassistische Proteste unterstützen, ohne Einschüchterung zu dulden. Wo immer Rechtsextreme marschieren, werden wir uns ihnen mit der Zivilgesellschaft konsequent entgegenstellen. Unser Auftrag: Xhain bleibt nazifrei!

Perspektiven und Realitäten anerkennen: Postmigrantische und postkoloniale Perspektiven gehören zur Realität unseres Bezirks. Wir unterstützen Initiativen zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte, fördern migrantische Selbstorganisationen und schaffen Räume und Ressourcen für kulturelle und soziale Projekte von Communities of Color. Den Silvio-Meier-Preis wollen wir als deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt weiter stärken und noch bekannter machen.

Wir stellen uns klar gegen Racial Profiling und die Kriminalisierung von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschenwürde und rechtsstaatliche Verfahren gelten für alle. Gleichzeitig widersprechen wir entmenschlichender Sprache gegenüber marginalisierten Gruppen und treten rechter „Stadtbild“-Rhetorik entschieden entgegen. Hier ist kein Platz für Kulturkampf gegen queere Lebensweisen und migrantische Communities! Wir leben ein Stadtbild, das einschließt und nicht ausgrenzt!

Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen: Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine und unterstützen ukrainische Geflüchtete im Bezirk durch konkrete Integrations- und Beratungsangebote. Wir schätzen ihre Erfahrungen und Fähigkeiten und schaffen Räume zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Lernen.

Neben den Menschen in der Ukraine sind auch in vielen anderen Regionen der Welt Zivilistinnen von Gewalt bedroht. Sei es durch staatliche oder nicht staatliche Akteure. Auch ihnen gilt unsere Solidarität, denn kein politisches Ziel rechtfertigt Gewalt gegen Zivilistinnen. Wir verurteilen jede Form von Terrorismus und Einschüchterung gegenüber Zivilist*innen und stellen uns unmissverständlich gegen die Verbreitung von Hass und Versuche der Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus ebenso wie gegen anti-muslimischen oder anti-arabischen Rassismus in unserem Bezirk.

Feministische Politik konkret umsetzen

Gleichstellung durchsetzen: Geschlechtergerechtigkeit entscheidet über Einkommen, Gesundheit, Sicherheit und politische Teilhabe – auch hier im Bezirk. Feministische Politik heißt für uns, strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu machen und praktisch zu bekämpfen.

Frauenarmut ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg Realität – besonders für Alleinerziehende, ältere Frauen und Frauen mit Migrationsgeschichte. Wir wollen gezielte Renten-, Trennungs- und Sozialberatung stärken und niedrigschwellige Lotsenangebote bei Anträgen ausbauen. In Kooperation mit Jobcenter und freien Trägern sollen Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für Alleinerziehende gezielt gefördert werden. Care-Arbeit muss sichtbar gemacht und gesellschaftlich aufgewertet werden; pflegende Angehörige brauchen bessere Beratung und Unterstützung.

Gleichberechtigung braucht auch strukturelle Veränderungen in Politik und Verwaltung. Mentoringprogramme wie eine „Mitlaufwoche 2.0“ für junge FLINTA*-Personen wollen wir weiterentwickeln. Kinderbetreuung, hybride Formate und flexible Sitzungszeiten in der Bezirksverordnetenversammlung sollen politische Teilhabe von Menschen mit Care-Verantwortung erleichtern. Verwaltung und öffentliche Einrichtungen müssen geschlechtergerecht und diskriminierungssensibel arbeiten.

Gewalt konsequent entgegenwirken: Gewalt gegen Frauen, Mädchen und FLINTA*-Personen hat bei uns keinen Platz. Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung der Konvention ein, welche deren Verhütung und Bekämpfung fordert und solche Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkennt (Istanbul-Konvention). Wir kämpfen für die verlässliche Finanzierung von Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Hinweise auf Hilfsangebote müssen in Rathäusern, Schulen, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen selbstverständlich sichtbar sein. Ein schneller Zugang zu Hilfe – etwa über QR-Codes zu Chat- oder Beratungsangeboten – kann insbesondere jungen Betroffenen niedrigschwellige Unterstützung ermöglichen. Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen

müssen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso spezialisierte Angebote für geflüchtete Frauen und queere Geflüchtete. Auch digitale Gewalt, Hate Speech und Cyberstalking nehmen wir ernst und stärken entsprechende Präventions- und Beratungsangebote.

Prävention beginnt früh. Empowerment-Formate für Mädchen und FLINTA* sowie Angebote zur Gewaltprävention für Jungen und Männer gehören für uns zusammen.

Angebote und Sichtbarkeit stärken: Gesundheitsangebote müssen geschlechtersensibel weiterentwickelt werden. Menstruationsartikel sollen in Schulen, Jugendclubs, Sportvereinen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei bereitgestellt werden. Öffentliche Toiletten wollen wir inklusiver gestalten und die kostenfreie Nutzung als Modell prüfen.

Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls Teil feministischer Politik. Straßen und Plätze sollen weiterhin vorrangig nach Frauen, Women of Colour, queeren Persönlichkeiten und Widerstandskämpferinnen benannt werden. Bereits beschlossene Umbenennungen müssen zügig umgesetzt werden. Das Partizipationsverfahren „Straßennamen für die Vielfalt“ wollen wir transparenter gestalten und in Kooperation mit dem FHXB-Museum eine digitale Erinnerungsplattform zur feministischen, queeren und migrantischen Geschichte des Bezirks entwickeln.

Queeres Leben schützen und strukturell absichern

Queers unterstützen: Xhain ist für viele junge queere Menschen aus der gesamten Welt ein Sehnsuchtsort, in dem sie endlich frei leben können. Das werden wir verteidigen. Wir setzen uns aktiv für den Schutz queerer Einrichtungen vor Verdrängung ein. Queere Clubs, Bars, Beratungsstellen, Projekträume und selbstorganisierte Treffpunkte sind Teil der sozialen und kulturellen Infrastruktur des Bezirks. Bei Nutzungskonflikten und Standortfragen werden wir politisch unterstützen und Räume sichern. Die finanzielle Grundförderung queerer und feministischer Initiativen muss auf Landesebene dauerhaft abgesichert werden.

Die Stelle der*des Queerbeauftragte im Bezirk muss strukturell abgesichert und ausreichend ausgestattet werden. Auch queere Perspektiven gehören verbindlich in Beteiligungsprozesse, Stadtplanung und Verwaltungshandeln.

Insbesondere ältere queere Menschen und queere Geflüchtete brauchen spezifische Unterstützungsangebote. Wohnprojekte für ältere lesbische Frauen und andere selbstbestimmte Wohnformen wollen wir fördern und im Rahmen bezirklicher Möglichkeiten unterstützen.

Gewalt konsequent entgegenwirken: Gewalt gegen LSBTIQ*-Personen darf nicht relativiert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und eine systematische Datenerhebung zu queerfeindlichen Übergriffen. Die enge Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist dabei zentral. Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Verwaltung wollen wir stärken.

Kultur als Grundversorgung sichern

Kulturorte sichern: Kultur ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Clubs, Ateliers, Theater, Projekträume, Museen und selbstorganisierte Orte prägen den Bezirk und sind Räume demokratischer Begegnung. Diese Infrastruktur wollen wir sichern und weiterentwickeln.

Arbeits- und Proberäume sind existenziell. Die Kürzungen des Arbeitsraumprogramms wollen wir zusammen mit der Landesebene zurücknehmen und wie ursprünglich geplant ausweiten. Der Verdrängung von Kulturorten – ob Projektraum, Atelierhaus oder Club – treten wir aktiv entgegen. Zur Abfederung der massiven Erhöhung der Grundsteuer müssen Sonderregelungen für Kunstschaffende gefunden werden.

Das RAW-Gelände ist ein zentraler Kulturstandort mit überbezirklicher Bedeutung. Wir setzen uns weiter dafür ein, die kulturelle Nutzung dauerhaft zu sichern und weitere Kommerzialisierung zu begrenzen. Auch kleinere, selbstverwaltete Orte müssen geschützt und bei Konflikten mit Investoren oder Nutzungskonflikten politisch unterstützt werden.

Kulturschaffende unterstützen: Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung der freien Szene ein und unterstützen die Wiedereinführung von Ausstellungshonoraren für unsere kommunalen Galerien. Künstlerische Arbeit darf nicht von Selbstausbeutung abhängen. Förderverfahren müssen transparent, niedrigschwellig und planbar sein.

Clubkultur ist Teil der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs. Wir wollen sie vor Verdrängung schützen, Neugründungen unterstützen und im Dialog mit Anwohner*innen tragfähige Lösungen bei Nutzungskonflikten entwickeln, statt einseitig Einschränkungen durchzusetzen.

Kulturpolitik muss divers, inklusiv und diskriminierungssensibel sein. Projekte migrantischer, queerer und postkolonialer Perspektiven wollen wir gezielt fördern. Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere mit feministischer oder erinnerungspolitischer Perspektive, soll stärker unterstützt werden.

Gemeinschaft stärken: Das FHXB-Museum ist ein wichtiger Ort für die Aufarbeitung und Vermittlung der Bezirksgeschichte. Wir wollen seine Arbeit stärken und insbesondere Projekte zur queeren, migrantischen und feministischen Geschichte weiter ausbauen. Auch queere Kulturorte sind feste Bestandteile der kulturellen Infrastruktur unseres Bezirks. Daher unterstützen wir den gemeinsamen Neubau des Schwulen Museums mit dem FHXB-Museum in der Friedrichstraße

Bibliotheken sind Orte der Bildung, Begegnung und sozialen Infrastruktur. Wir setzen uns für ihre Stärkung, moderne, digitale Ausstattung und barrierefreie Zugänge ein. Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) verstehen wir als Haus der Ideen und als offenen Kultur- und Begegnungsort für den Bezirk. Ihre Weiterentwicklung muss transparent und gemeinwohlorientiert erfolgen.

Soziale Stabilität stärken – Hilfe statt Verdrängung

Hilfe ausbauen: Soziale Probleme verschwinden nicht durch Verdrängung. Armut, Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen brauchen langfristige, koordinierte und menschenwürdige Lösungen.

Wir wollen die Verhinderung von Wohnungsverlust zur Priorität machen und die Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle ausbauen. „Housing First“-Ansätze und niedrigschwellige Beratungsangebote müssen weiterentwickelt werden. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, bevor sie entsteht – und Menschen schneller wieder in eigenen Wohnraum zu bringen. Unterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein.

Die Mehrheit der obdachlosen Menschen wird durch das sozialgesetzliche Sicherungssystem nicht erfasst. Sie haben weder Anspruch auf Sozialhilfe noch Wohngeld. In der Konsequenz sorgen oft einzig soziale Initiativen mit viel ehrenamtlichem Engagement dafür, dass Menschen einen Schlafplatz und eine warme Mahlzeit erhalten. Wir setzen uns berlinweit für eine Politik des Helfens statt des Ignorierens ein.

Im öffentlichen Raum setzen wir auf soziale Unterstützung statt symbolischer Abschottung. Aufsuchende Sozialarbeit, Straßensozialarbeit und niedrigschwellige Beratungsangebote wollen wir stärken. Parkläufer*innen und sozialpädagogische Teams können Nutzungskonflikte entschärfen und vermitteln. Safe Places – geschützte, niedrigschwellige Aufenthalts- und Unterstützungsorte für besonders vulnerable Menschen – wollen wir sichern und weiter ausbauen.

Sucht als Erkrankung behandeln: Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir auf Gesundheits- und Präventionspolitik. Drugchecking-Angebote und Drogenkonsumräume sind wichtige Instrumente zum Schutz von Leben und Vermittlung von Hilfsangeboten. Wir unterstützen ihren Ausbau und eine enge Kooperation mit

Suchthilfe, Gesundheitsdiensten und Sozialarbeit. Reine Verdrängungsmaßnahmen lösen die Probleme nicht und sind menschenverachtend.Es geht darum die Menschen in den Blick zu nehmen, dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie im Umgang mit Drogenkonsum und Verelendung. Es braucht Planungssicherheit und die Stärkung der sozialen Träger anstatt einen sozialen Kahlschlag und eine Verschiebung auf immer mehr Law-and-Order wie unter dem Wegner-Senat.

Der Görlitzer Park steht exemplarisch für die Herausforderungen im öffentlichen Raum. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und soziale Unterstützung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für eine integrierte Strategie aus Prävention, Sozialarbeit, Gesundheitsangeboten, Beleuchtung, Pflege und Dialog ein – statt für teure Symbolmaßnahmen wie Zäune, die Probleme lediglich verschieben.

Vernunftbasierte Drogenpolitik stärkt Prävention:

Die Entkriminalisierung von Cannabis war ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht unnötig kriminalisiert. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, auch wenn der Bund den Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg für eine Modellregion aus ideologischen Gründen weiter ablehnt. Wir kämpfen weiter für die legale Abgabe von Cannabis, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Wir begrüßen, dass in Xhain das erste dauerhafte Drugchecking-Projekt eingerichtet wurde und unterstützen den Ausbau. Es braucht eine an den Lebensrealitäten orientierte Prävention und Hilfe statt Strafe für Menschen, die in Abhängigkeiten geraten. Kriminalisierung und Tabuisierung sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Ankommen und Teilhabe ermöglichen

Teilhabe ermöglichen: Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein Bezirk des Ankommens. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen sind hier willkommen und prägen das gesellschaftliche Leben – in Nachbarschaften, Schulen, Kultur und Wirtschaft.

Wir setzen uns für dezentrale Unterkünfte statt großer Massenunterkünfte ein. Geflüchtete Menschen sollen möglichst schnell in reguläre Wohnungen einziehen können. Gemeinschaftsunterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen – etwa Frauen, Kinder, queere Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen – brauchen spezialisierte Unterstützung. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen gut ausgestattete Strukturen im Jugendamt. Beratung, psychosoziale Begleitung und Bildungsangebote müssen verlässlich finanziert sein.

Unterstützungsstrukturen ausbauen: Integrationslots*innen leisten wichtige Arbeit beim Zugang von Geflüchteten zu Behörden, Bildung, Gesundheit und Arbeit. Wir wollen ihre Arbeit verstetigen und strukturell absichern. Mehrsprachige Willkommens- und Orientierungsangebote in Bezirksgebäuden sowie barrierearme digitale Formulare sollen selbstverständlich werden.

Bürokratie darf Integration nicht behindern. Verfahren müssen verständlich, digital zugänglich und pragmatisch gestaltet werden. Strukturelle Hürden beim Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung wollen wir abbauen – im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten und im Dialog mit dem Land.

Mitbestimmung ermöglichen: Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht für alle Menschen ein, die dauerhaft im Bezirk leben, und unterstützen Kampagnen und Beteiligungsformate, die politische Mitwirkung auch ohne formales Wahlrecht ermöglichen. Auf Bundesebene kämpfen wir für ein Wahlrecht für alle, die ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

Gesundheit und Prävention ausbauen

Prävention stärken: Gesundheitspolitik im Bezirk heißt Prävention stärken und soziale Risiken ernst nehmen. Die Klimakrise ist längst ein Gesundheitsrisiko. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung einer bezirklichen Hitzeaktionsplanung ein. Die Streichung der Koordinierungsstelle im Gesundheitsamt muss rückgängig gemacht werden. Mehr öffentliche Trinkbrunnen, kühle Orte während Hitzeperioden und besserer Sonnenschutz auf Sportflächen gehören für uns dazu. Die Ergebnisse des Pilotprojekts zu Sprühnebelanlagen im Mauerpark wollen wir prüfen und gegebenenfalls auf weitere Standorte übertragen.

Schulgesundheitsfachkräfte leisten wichtige Präventionsarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg von diesem Förderprogramm profitieren und langfristig alle Schulen entsprechend ausgestattet werden.

Gesundheit ganzheitlich fördern: Der Sozialpsychiatrische Dienst und der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamts sowie Beratungsstellen und niedrigschwellige Angebote müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Einsamkeit und Überlastung sind reale soziale Herausforderungen, auf die der Bezirk reagieren muss. Die Situation in der Psychiatrie des Urbankrankenhauses werden wir weiterhin kritisch begleiten und Verbesserungen einfordern. Wir setzen uns auf Bundesebene für mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen ein.

Das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung im Bezirk ist ein wichtiger Baustein. Angesichts steigender Zahlen sexuell übertragbarer Krankheiten wollen wir die Aufklärungsarbeit ausbauen. Sexualaufklärung und

Beratung müssen niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und mehrsprachig zugänglich sein.

Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit – von hormonell bedingten Beschwerden über Endometriose bis zur Menopause. Information, Beratung und Entstigmatisierung wollen wir stärken.

Wir unterstützen die Einrichtung integrierter Gesundheitszentren im Bezirk und fordern den Senat auf, die Förderung hierfür wieder zu öffnen. Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberatung ein. Pflegestützpunkte, Beratung zu Pflegeleistungen und Mobilitätshilfen müssen verlässlich zugänglich sein.

Inklusion und Teilhabe verwirklichen

Barrieren abbauen: Inklusion ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen müssen im Bezirk selbstbestimmt leben, arbeiten und sich bewegen können.

Wir wollen Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten und andere öffentliche Einrichtungen konsequent barrierefrei machen und dazu schrittweise umbauen. Auch digitale Angebote des Bezirks müssen für alle zugänglich sein – mit leichter Sprache, Gebärdensprachdolmetschen und barrierearmen Online-Formularen.

Bewegungsfreiheit ermöglichen: Mobilität muss für alle funktionieren. Bei Kiezblocks und verkehrsberuhigten Maßnahmen denken wir Barrierefreiheit von Anfang an mit. Sogenannte Doppelquerungen speziell für Menschen mit Sehbehinderung, ausreichend breite barrierefreie Parkplätze und genügend Platz zum Ein- und Ausladen von Rollstühlen sind für uns selbstverständlich. Auch vor öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Gesundheitszentren, Schulen und Sportanlagen müssen ausreichend ausgewiesene Stellplätze entstehen.

Wohnraum barrierefrei gestalten: Wir setzen uns für mehr barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum ein. Auch Unterkünfte für wohnungslose Menschen müssen barrierefrei gestaltet werden.

Teilhabe ermöglichen: Teilhabe am Arbeitsmarkt ist zentral. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht vorschnell in Werkstätten gedrängt werden. Wir unterstützen das Budget für Arbeit und Ausbildung sowie den Ausbau von Inklusionsbetrieben und Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt – auch in der öffentlichen Verwaltung. Modellprojekte für den Übergang von der Schule in reguläre Beschäftigung wollen wir im Bezirk voranbringen.

Leistungen der Eingliederungshilfe sollen besser koordiniert werden. Persönliche

Assistenz muss gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

Sport für alle ermöglichen

Sportzugang sichern: Sport ist mehr als Wettkampf und Vereinsstruktur. Er schafft Gesundheit, Begegnung und soziale Teilhabe – besonders dort, wo Angebote niedrigschwellig und wohnortnah sind.

Barrierefreie Sportanlagen, geschützte Trainingszeiten und inklusive Angebote sind zentrale Bausteine für einen besseren Zugang zu Sporteinrichtungen, sowohl für Mädchen und FLINTA*-Personen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere Menschen und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

Breitensport stärken: Wir wollen den nicht vereinsgebundenen Breitensport stärken. Öffentliche Sportflächen, Bolzplätze, Basketball- und Calisthenics-Anlagen sowie Bewegungsangebote in Parks müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut werden. Offene Sportformate in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen, Nachbarschaftshäusern und Schulen wollen wir gezielt fördern.

Schwimmen ist eine Grundkompetenz. Wir setzen uns für ausreichend Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche ein und unterstützen Programme, die insbesondere Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang ermöglichen.

Nachhaltigkeit mitdenken: Sportstätten müssen nachhaltig weiterentwickelt werden. Sanierungen sollen energieeffizient erfolgen, neue Anlagen klima- und ressourcenschonend geplant werden.

Teure, nicht nachhaltige und korruptionsanfällige Großveranstaltungen wie Olympiabewerbungen lehnen wir ab. Milliardenprojekte helfen dem Breitensport vor Ort nicht weiter. Unsere Priorität liegt bei wohnortnahen, dauerhaft nutzbaren Sportangeboten für alle.

5. Wirkung für den Bezirk

Unsere Politik stärkt den Zusammenhalt in Friedrichshain-Kreuzberg – konkret und spürbar im Alltag.

- Eine starke offene Gesellschaft bedeutet: Diskriminierung wird nicht hingenommen, Initiativen werden unterstützt, demokratische Beteiligung wird verbindlicher. Vielfalt bleibt sichtbar und geschützt.

- Feministische Politik heißt: mehr Schutz vor Gewalt, bessere Beratung, niedrigschwellige Hilfsangebote und konkrete Schritte gegen Frauenarmut.

Gleichberechtigung wird nicht nur gefordert, sondern strukturell verankert.

- Eine gesicherte Kulturlandschaft bedeutet: RAW, Clubs, Ateliers und Museen bleiben Orte der Begegnung und Kreativität. Künstlerische Arbeit wird fairer bezahlt, Arbeitsräume werden gesichert.

- Soziale Stabilität heißt: weniger Verdrängung, mehr Prävention, stärkere Sozialarbeit und wirksame Hilfe bei Sucht und Wohnungslosigkeit. Öffentliche Räume bleiben lebendig und solidarisch. Ankommen gelingt besser durch dezentrale Unterkünfte, verstetigte Integrationslots*innen und verständliche Verwaltungsverfahren. Teilhabe wird erleichtert.

- Eine gestärkte Gesundheitsstruktur bedeutet: mehr Hitzeschutz, bessere Aufklärung, stärkere psychosoziale Angebote und wohnortnahe Versorgung.

- Inklusion heißt: barrierefreie Gebäude, bessere Mobilität und echte Teilhabe am Arbeitsmarkt.

- Sport für alle bedeutet: zugängliche Bewegungsangebote im Kiez statt Prestigeprojekte. So entsteht ein Bezirk, der solidarisch bleibt, soziale Sicherheit organisiert und Vielfalt nicht nur verspricht, sondern schützt.

6. Unser Auftrag: Zusammenhalt stärken

Offene Gesellschaft verteidigen. Wir sichern demokratische Strukturen, treten Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und stärken Antidiskriminierungsarbeit im Bezirk.

Feministische und inklusive Politik umsetzen. Gleichstellung, Gewaltschutz, Inklusion und Teilhabe werden konkret verbessert – in Verwaltung, Infrastruktur und Angeboten vor Ort.

Prävention vor Verdrängung setzen. Bei Wohnungslosigkeit, Sucht und Krisen im öffentlichen Raum setzen wir auf Hilfe, Gesundheits- und Präventionspolitik statt Symbolmaßnahmen.

Kultur und soziale Infrastruktur absichern. Kulturorte, Beratungsstellen, Sport- und Gesundheitsangebote brauchen Planungssicherheit und verlässliche Finanzierung.

Beteiligung und Transparenz stärken. Beteiligung wird verbindlicher, Verwaltung zugänglicher und Entscheidungen nachvollziehbarer.